GLOBAL 14.02.2018 | Stefan Steinicke

Gotham cities

Warum sich Krisenmanagement nicht auf zerfallende Staaten, sondern auf zerfallende Städte konzentrieren sollte.

Europas südliche Nachbarschaft wird instabiler. Die Unsicherheit in der MENA-Region (Middle East and North Africa) und Subsahara-Afrika nimmt zu. Die Konflikte in Syrien und dem Jemen sind Ausdruck dieser Unordnung. Europa ist davon direkt betroffen, wie die Flüchtlings- und Migrationsströme zeigen. Statebuilding-Operationen können aber nicht mehr die alleinige strategische Antwort auf zerfallende Staaten sein. Denn es fehlt an politischem Willen und finanziellem Spielraum. Proaktives Krisenmanagement sollte sich daher auf den urbanen Raum konzentrieren. Denn dort werden in Zukunft die meisten Menschen wohnen und vor allem dort entscheidet sich die Frage von Stabilität oder Chaos. Scheitern Städte, drohen sie zum Brandbeschleuniger für regionale Instabilität zu werden. Nur wenn es gelingt, die Resilienz von Städten zu stärken, kann ein Mindestmaß an regionaler Ordnung gewahrt werden.

Durch den enorm hohen Anteil an jungen Menschen steigt auch der Bedarf an Bildung, Jobs und öffentlichen Dienstleistungen.

Aber gerade in Städten drohen mehr Konflikte und damit mehr Instabilität. Dafür verantwortlich sind vor allem vier Makrotrends: rapides Bevölkerungswachstum, unkontrollierte Verstädterung, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit sowie staatliche Fragilität.

Rapides Bevölkerungswachstum

Afrika und der Nahe Osten werden in den nächsten Jahrzehnten eine Bevölkerungsexplosion erleben. Schätzungen zufolge verdoppelt sich die Bevölkerung in Afrika von 2017 bis 2050 auf über 2,5 Milliarden Menschen. Mehr als 80 Prozent dieses Wachstums findet in Städten statt – häufig in Slums. Auch in der MENA-Region wächst die Bevölkerung rapide an. Bis Ende des Jahrhunderts gehen die Vereinten Nationen davon aus, dass sich die Bevölkerung auf über eine Milliarde fast verdoppeln wird. Gleichzeitig weisen beiden Regionen den höchsten

Anteil an jungen Menschen auf. Der Anteil der unter Dreißigjährigen ist in Afrika mit 70 Prozent weltweit am höchsten. Mit 63 Prozent ist der Anteil in der MENA-Region ähnlich hoch. Ohne wirtschaftliche Perspektive für diese Menschen sind diese Zahlen laut Weltbank eine tickende Zeitbombe.

Unkontrollierte Verstädterung

Bereits heute hat Subsahara-Afrika mit 4,1 Prozent die höchste Urbanisierungsrate, dicht gefolgt von der MENA-Region mit 2,3 Prozent. Zum Vergleich: Der globale Durchschnitt liegt bei 1,8 Prozent. Prognosen zufolge wird sich zwischen 2010 und 2050 auf dem afrikanischen Kontinent die Zahl von Menschen in Städten – von 400 Millionen auf 1,25 Milliarden erhöhen. Bereits heute leben in den Megastädten Kairo, Kinshasa oder Lagos jeweils mehr als 10 Millionen Menschen. Großstädte wie Khartum, Kano, Daressalam, Abidjan, Nairobi oder Casablanca schließen in absoluten Zahlen auf. Einige Städte werden ihre Einwohnerzahl in den nächsten zehn Jahren verdoppeln und in den kommenden Jahrzehnten ebenfalls die 10-Millionen-Marke knacken. Aber nicht alleine die absolute Einwohnerzahl ist entscheidend für die Fragilität einer Stadt, sondern die Geschwindigkeit ihres Bevölkerungswachstums. Deshalb gilt es, auch auf Städte wie Antananarivo (5,1 Prozent), Abuja (6,2 Prozent) oder Ouagadougou (7,2 Prozent) zu achten. Die unkontrollierte Verstädterung hat zur Folge, dass bereits heute in Subsahara-Afrika 60 Prozent der Menschen in Slums leben – Tendenz steigend.

Mangelnde wirtschaftliche Perspektiven

Durch den enorm hohen Anteil an jungen Menschen steigt auch der Bedarf an Bildung, Jobs und öffentlichen Dienstleistungen (Gesundheitsversorgung, Transport, Elektrizität, Wasserversorgung, Wohnraum etc.). Zwar prognostiziert der Internationale Währungsfonds (IWF) für 2022 ein kontinentales Wirtschaftswachstum von 4,2 Prozent. Dies reicht aber nicht aus. Im Gegensatz zum weltweiten Trend steigt die Zahl der Afrikaner, die in absoluter Armut leben. Alleine zwischen 1990 und 2015 waren es zusätzlich 50 Millionen Menschen. In Ägypten leben bereits heute mehr als 25 Prozent in absoluter Armut. Und in ganz Nordafrika lebt der überwiegende Teil der Armen im urbanen Raum. Durch anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und mangelnde sozio-ökonomische Aufstiegschancen in den Städten drohen soziale, politische und religiöse Spannungen zuzunehmen. Durch daraus entstehende Unsicherheit werden Flucht und Migration nach Europa zunehmen.

Fragile Staatlichkeit

Viele der am schnellsten wachsenden Städte liegen in zerfallenden Staaten. Laut Fragile States Index 2017 befinden sich in den Top 20 17 Staaten aus Afrika und der MENA-Region – unter anderem Nigeria, der Tschad, Syrien und der Jemen. In den Top 15 der fragilsten Städte befinden sich 13 in Afrika und der MENA-Region – unter anderem Mogadischu, Aden, Juba und Raqqa. Aufgrund der schwachen Staatlichkeit haben bewaffnete Gruppierungen wie al-Shabab, Boko Haram, ISIS oder Al-Qaida in den Städten leichtes Spiel und können diese weiter destabilisieren. Davon wiederum profitieren Schattenwirtschaft und kriminelle Netzwerke, die sich im rechtsfreien Raum breitmachen können. Durch die mangelnde wirtschaftliche Perspektivlosigkeit wiederum ist mit vermehrten politischen Unruhen zu rechnen. Zuletzt sind Städte auch immer häufiger Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen, wie die Beispiele Syrien und Jemen zeigen. Laut Internationalem Roten Kreuz (IRK) sind bereits heute etwa 50 Millionen Menschen im urbanen Raum von bewaffneten Konflikten betroffen.

Durch anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und mangelnde sozio-ökonomische Aufstiegschancen in den Städten drohen soziale, politische und religiöse Spannungen zuzunehmen.

Staatliche Einrichtungen und städtische Verwaltungen werden vom Tempo und Ausmaß der urbanen Veränderungen und den sich daraus ergebenden Konfliktkonstellationen häufig überfordert sein. Als Konsequenz werden soziale und politische Spannungen zunehmen. Nachhaltige Krisenprävention und Stabilisierung heißt deshalb, die Resilienz von Städten zu stärken.

Was ist zu tun?

Laut den Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung ist es das Ziel, Krisen rechtzeitig vorzubeugen, Staatszerfall entgegenzuwirken und negative Einflüsse auf die Nachbarregionen und auf Europa zu verhindern. In diesem Anliegen wird die Politik von der Bevölkerung unterstützt. Auf die Frage, in welcher Region Deutschland außenpolitisch am aktivsten sein sollte, stimmten laut Berlin Pulse der Körber Stiftung 38 Prozent der Befragten für Afrika (Platz 1) und 17 Prozent für den Nahen Osten (Platz 3). Sollen die Ziele der Leitlinien erreicht werden, muss die deutsche Außenpolitik in Afrika und der MENA-Region den Fokus eindeutig auf den urbanen Raum legen. Dazu drei praktische Vorschläge für die Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik:

Infrastrukturprojekte unterstützen: Der nachhaltige und CO2-neutrale Auf- und Ausbau von Wohnraum, Nahverkehr, Energie- und Wasserversorgung sowie Digitalisierung müssen entschieden vorangetrieben werden. Nur so lassen sich die sozio-ökonomischen Chancen verbessern und der Kampf gegen den Klimawandel gewinnen. Im Gegensatz zu Ländern wie Japan oder China hinkt Deutschland beim Thema Infrastruktur leider hinterher.

Lokale Akteure einbeziehen: Städte werden nicht nur zur Arena für Politik, sondern auch zunehmend eigenständige politische Akteure. Daher müssen Kooperation und Austausch mit urbanen Akteuren verstärkt werden. Dabei geht es nicht nur um die Bürgermeister, sondern auch um Unternehmen vor Ort sowie zivilgesellschaftliche Akteure wie Journalisten, Geistliche oder NGOs. All diese Akteure müssen noch viel gezielter und strukturierter von deutscher Seite angesprochen werden.

Für den Ernstfall vorbereiten: Zuallererst müssen zukünftig Ertüchtigungsinitiativen auch auf städtische Sicherheitsakteure angewandt werden. Scheitern Städte dennoch, kann es sein, das zukünftig Stabilisierungsoperationen im urbanen Raum nötig werden. Dafür müssen ressortübergreifend Konzepte erarbeitet und Operationen gemeinsam geprobt werden. Die Übungsstadt der Bundeswehr in Schnöggersburg ist in diesem Zusammenhang zu begrüßen, kann aber nur der Anfang sein.



Stefan Steinicke
Berlin

Dr. Stefan Steinicke arbeitet als Referent für Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Zuletzt war er Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Christoph Matschie.